



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

19. Sitzung vom 14. November 2022

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 20.36 Uhr

Leitung: Beatrice Büschlen (Präsidentin)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Jürg Blaser, Roman Oberli, GR Stephan Appenzeller

Präsidentin:


Beatrice Büschlen

Protokoll:


Linda Gerstner

Begrüssung und Präsenz

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur zweiten Sitzung des Amtsjahrs 22/23. Sie begrüsst alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, den Gemeindepräsidenten Mike Keller und die Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeitenden der Verwaltung, Linda Gerstner, die das Protokoll führt und die Abstimmungsanlage bedient, und den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger. Ebenso begrüsst sie die Vertreter der Medien und weist darauf hin, dass das Gemeinde TV immer noch die Erlaubnis hat, zu filmen.

Für die Sitzung entschuldigt sind Gemeinderat Stephan Appenzeller, SP, und von den Einwohnerratsmitgliedern Jürg Blaser und Roman Oberli, beide SVP. Roman Oberli ist nach wie vor landesabwesend. An seinem Platz hat wie bereits in der letzten Sitzung Hubert Steffen Platz genommen. Er wird die Rednerliste führen. Im Hinblick auf die Sitzordnung weist die Präsidentin für die Presse darauf hin, dass Christian Schmid auf dem Platz von Hubert Steffen sitzt.

Mitteilungen der Präsidentin

Die Rednerin wird, wie beim letzten Mal, auch zu Beginn dieser Sitzung wieder ein wenig auf das erste Einwohnerratsjahr vor 50 Jahren zurückschauen. In der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 1972 fand sie Folgendes: Damals wurde das Kindergartenreglement beschlossen. Das Kindergartenreglement wurde vorgängig von einer Spezialkommission beraten, v.a. weil im Reglement in Bezug auf behinderte Kinder eine grosse Lücke bestand. Die damalige Diskussion hat wie heute die Schulwegsicherheit, bzw. damals noch Haftpflichtregelungen, die Betreuung von körperlich und geistig behinderten Kindern, auch in Bezug auf die Kinderzahl pro Kindergarten, Entscheidungsträger und Instanzregelungen betroffen. Die Klassengrösse wurde seinerzeit mit 25 Kindern pro Kindergarten festgelegt mit dem Hinweis, dass man sich auch in baulicher Hinsicht nach diesen Zahlen richten soll, d.h. den Kindergarten nicht zu gross oder zu klein zu bauen.

Vor allem diskutiert wurden die Aufnahme und der Verbleib von physisch und psychisch behinderten Kindern. Der Vorteil von heterogenen durchmischten Kindergärten, von Kameradschaft gesunder Kinder mit behinderten Kindern war die Rede. Dies wurde also bereits damals positiv beurteilt. Trotzdem wurden Ausnahmen diskutiert. Ein Entscheid müsse ja schliesslich rekursfähig sein. In der Folge hat man bei diesem Reglement auch über die Begrifflichkeit von Entscheidungsträgern und Instanzen gesprochen und diese entsprechend angepasst. Hilfreich war dazumal im Zusammenhang mit dem Kindergartenreglement auch die Unterwerfung der Gemeinden unter die staatliche Aufsicht. Das «Zückerchen» für die Gemeinden war ein stattlicher Beitrag von 41 000 Franken.

Noch etwas Letztes: Wer sich noch erinnern mag weiss, dass die, die hier in Binningen aufgewachsen sind, von ihren Eltern darauf hingewiesen wurden, immer den gleichen Weg zur Schule zu nehmen. Hin- und Rückweg. Die Unfälle wurden nämlich von der Schulversicherung nur abgedeckt, wenn man den direkten Weg zur Schule oder nach Hause gewählt hat. Hat man ihn nicht genommen, war dieser Schulweg nicht abgedeckt. Die Präsidentin würde interessieren, wie man dies kontrollieren wollte. Den Eltern wurde aber trotzdem empfohlen, für ihre Kinder eine Schulversicherung abzuschliessen. Vorsichtig ausgedrückt war es beim Lesen schon damals sehr komplex. Heute werden wir noch komplexer vom Kanton beraten.

Mitteilungen aus dem Einwohnerrats-Büro

Das Büro hat als Stimmzählerin des Einwohnerrats Stefanie Glaser, Grüne, gewählt. Sie ist Nachfolgerin von Andrea Schilling.

Neue Vorstösse

Nr. 130, Motion D. Zimmermann, FDP: Langzeitpflege: Schweiz benötigt 54 000 zusätzliche Betten. Wie geht die Gemeinde Binningen mit dieser Herausforderung um?

Nr. 135, Motion Grüne/EVP: Förderung der Regenwassernutzung

Nr. 136, Postulat R. Büchelin, SP: Gefahrensituation für Velos bei der Tram-Bushaltestelle Hohle Gasse

Nr. 137, Anfrage Th. Häfele, FDP: Zukunft Kabelnetz Binningen – Glasfaser-Erschliessung durch Swisscom

Präsidentin *Beatrice Büschlen*, Grüne verweist darauf, dass die Anfrage bereits schriftlich beantwortet wurde. Die Antwort ist auf der Webseite der Gemeinde einsehbar. Möchte jemand seinen Vorstoss begründen? Das ist nicht der Fall. Bevor sie nun zur Traktandenliste kommt, soll wie üblich eine Probeabstimmung durchgeführt werden. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Traktandenliste

Die Präsidentin teilt mit, im Büro seien keine Änderungsanträge eingegangen. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat?

Keine Wortmeldungen.

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 29. August 2022	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds in den Primarschulrat ab dem 1. Januar 2023 für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2024	132
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.10.2022 Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	133
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 20.09.2022 Aufhebung des Bau- und Strassenlinienplans «Friedhofparzelle Nr. 1380» Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	134
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 06.09.2022 Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.10.2022 Postulat B. Strondl, SP: Eine neue Zukunft für das Binninger Ruftaxi Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	122
7. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 29. August 2022

Präsidentin *Beatrice Büschlen, Grüne* informiert, beim Einwohnerrats-Büro seien keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen.

Es gibt keine Wortmeldungen aus dem Plenum.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 132

Ersatzwahl eines Mitglieds in den Primarschulrat

Einwohnerratspräsidentin *Beatrice Büschlen, Grüne* erläutert, die Mitte schlage Isabelle Amacker zur Wahl vor. Die Unterlagen sind dem Rat bekannt.

Thomas Hafner, Mitte/GLP möchte zuallererst Marie-Caroline Messerli für ihr Mitwirken im Primarschulrat danken. Sie verlässt Binningen mit ihrem Mann. Es ist leider eine Realität, dass jüngere Personen in kostengünstigere Ortschaften umziehen, in welchen die Landpreise massiv tiefer sind als in Binningen. Nun aber zu Isabelle Amacker: Sie ist 27 Jahre jung und seit vielen Jahren in Binningen, ging auch hier zur Schule. Die Anwesenden haben ihre Bewerbung erhalten. Beruflich ist Isabelle Amacker Juristin und steckt in der Vorbereitung zur Anwaltsprüfung. Politisch ist sie schon längere Zeit interessiert und auch sehr aktiv tätig. Seit 2020 ist sie Co-Präsidentin der Mitte Binningen-Bottmingen und Vorstandsmitglied in der kantonalen Partei die Junge Mitte Baselland. Der Votant ist überzeugt, dass sie mit ihrer Motivation und ihrem Wissen sicher auch bestens als Primarschulrätin geeignet ist.

Die Präsidentin äussert, gemäss § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats kann eine Stille Wahl durchgeführt werden, wenn keine weiteren Kandidierenden vorgeschlagen werden.

Stille Wahl.

BESCHLUSS

://: Isabelle Amacker, Mitte, wird ab 1. Januar 2023 für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2024 als Mitglied in den Primarschulrat gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 133

Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Urs Hauri, Grüne/EVP: Welche Massnahmen müssen getroffen werden, damit die Auswirkungen des Klimawandels für die Gesundheit der Binninger Bevölkerung weniger stark ausfallen und auch sonst geringere Schäden und damit auch geringere Kosten erwachsen? Die Fraktion der Grünen/EVP hat mit grosser Spannung auf den Bericht gewartet und es wurde ein langer Bericht. Neben einer Analyse, die in etwa das beschreibt, was man jetzt einige Sommer lang erleben durfte oder erleben musste, zeigt ein Ausblick ins Jahr 2060, dass dannzumal nicht nur das Tal vom Hitzeinseleffekt betroffen sein wird, sondern praktisch ganz Binningen. Die Analyse und der Ausblick sind es dann auch, die die Grundlage für das Herzstück dieses Berichts bilden. Die geplanten Massnahmen mit Massnahmenblättern beschreiben sehr detailliert, welche Ideen man hat, was und wann geprüft und geplant werden soll. Insgesamt sind in der Periode 2022-2025 17 Massnahmen vorgesehen. Er möchte nicht näher darauf eingehen, aber es ist sicher vieles gut. Beschattungsmassnahmen, Entsiegelung, Begrünung und Schwammstadt sind alles Themen, bei denen man sicher etwas machen sollte.

Schlussendlich ist entscheidend, was davon überhaupt ausgeführt wird, was bei den Prüfungen herauskommt und wieviel man umsetzt. Die Fraktion ist daher der Ansicht und beantragt, dass nicht erst in vier Jahren berichtet wird, was gemacht worden ist, sondern bereits in zwei Jahren. So kann man nachhaken, wenn etwas nicht so läuft, wie man das Gefühl hat, es sollte laufen. Es ist sicher ein Aufwand für die Verwaltung. Aber der Massnahmenplan ist so detailliert aufgestellt, dass der Aufwand über die Massnahmen zu berichten vielleicht gar nicht so gross ist. Man darf nicht vergessen: Es geht um einen Massnahmenplan Klimaanpassung. Das heisst, es geht hauptsächlich darum, die Auswirkungen abzufedern, die die Klimaerwärmung hat und nicht so sehr darum, auf das Ziel einzugehen, die Klimaerwärmung zu begrenzen. Das darf man nicht vergessen. Es fragt sich, ob Binningen hier nicht etwas mehr machen müsste, z.B. mit einer Pflicht zur Fotovoltaik auf Neubauten.

Carole Inäbnit, FDP legt dar, die FDP befürworte grundsätzlich das Engagement der Gemeinde, sich selbst klimabewusst zu verhalten. Die Gemeinde kann so bei ihren eigenen Liegenschaften wie auch bei ihren Ressourcen eine wichtige Vorbildfunktion einnehmen. Der Massnahmenkatalog deckt sehr interessante Bereiche ab und beinhaltet sicher auch sinnvolle Überlegungen. Einige Punkte sind der Fraktion jedoch aufgefallen und diese möchte die Rednerin genauer ausführen. Die FDP hat grundsätzlich Mühe mit neuen Reglementen und Vorschriften, die darauf abzielen, die Möglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner zu beeinflussen. Solche teils starke Eingriffe für Private und v.a. auch Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzer durch die Gemeinde möchte und kann die Fraktion nicht unterstützen. Zu nennen wäre hier z.B. die Freiraumgestaltung grundeigentümerverbindlich festzuhalten. Konkrete Umsetzungen solch einschneidender Vorgaben, mit denen sie aufgrund des Massnahmenberichts in den kommenden Jahren rechnen, wird die FDP sehr kritisch anschauen und sich auch entsprechend äussern und einsetzen.

Die Fraktion ist der Meinung, dass das Vorschreiben der Gemeinde an Private nicht die richtige Lösung oder nicht der richtige Weg ist, die Bevölkerung zu motivieren, sich klimabewusster zu verhalten. Stattdessen sollten die Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Meinung nach von sich aus zu einem solchen Verhalten bewegt werden. Daher begrüsst es die FDP, Anreize zu setzen und Förderungen von freiwilligem Engagement in diesem Bereich zu unterstützen. Der Massnahmenkatalog beinhaltet auch solche Ideen wie z.B. der Klimapreis oder die Förderung und Information von Regenwassertanks. Sie begrüssen es sehr, dass die Gemeinde die Bevölkerung über solche verschiedenen, von der Bevölkerung selbst kommenden Ideen und Möglichkeiten informieren möchte. Weiter möchte die Fraktion erwähnen, dass sie im Bericht konkrete Angaben über Kosten zu den einzelnen Massnahmen vermisst, resp. dass diese fehlen. Sehr gerne hätten sie genauere Angaben zu den Kosten für die jeweiligen Ausgestaltungen oder die Variationen pro Massnahme gehabt, dann hätte man sich ein besseres Bild machen können. Zum Schluss noch zu Antrag 2: Ein grosser Teil der Fraktion lehnt den Antrag ab. Sie möchten verhindern, dass so eine Zustimmung zu allen Massnahmen signalisiert wird.

Karin Müller, SP teilt mit, die SP-Fraktion finde den Bericht gut. Er ist umfassend und sehr wichtig, vor allem auch der detaillierte und konkrete Massnahmenplan. Wenn man die Klimaziele erreichen will, ist es dringend nötig, jetzt auch kommunal Nägel mit Köpfen zu machen. Nicht zuletzt um die Bevölkerung zu schützen, denn der Klimawandel hat gesundheitliche Auswirkungen. Alle Anwesenden haben die Hitze und Trockenheit des Sommers noch in Erinnerung. Dass man deshalb Massnahmen, auch speziell für vulnerable Gruppen wie Kleinkinder und Seniorinnen und Senioren, einbezieht, findet die SP gut. Die Massnahmen, die der Gemeinderat vorschlägt, betreffen unter anderem alle Neuplanungen und Sanierungen. Sie sind konkret, sinnvoll und sorgfältig geplant. Sie betreffen uns direkt vor Ort. Es geht nicht um abstrakte Kompensationen von Aufforstungen im Regenwald, obwohl dies durchaus auch wichtig ist, denn das Klima macht nicht an der Grenze Halt. Auch nicht an der Gemeindegrenze. Es wäre daher aus Sicht der Fraktion sinnvoll, Massnahmen zusammen mit den Nachbargemeinden zu planen und umzusetzen, so wie es im Agglomerationsprogramm für den Verkehr bereits passiert oder auch im Verein Region Leimental Plus. Daher ihre Frage: Gibt es eine solche Zusammenarbeit auch bei den Massnahmen zum Klima?

Die SP findet es richtig, dass man auch die Privaten einbezieht und daher sind Massnahmen wie das Anreizsystem, Kommunikation, Beratung und Förderung sehr wichtig. Das braucht natürlich finanzielle und personelle Ressourcen. Die Fraktion ist aber überzeugt, dass die Kosten für die Schäden, die der Klimawandel verursacht, diese Ausgaben rechtfertigen. Sie finden, man dürfe die Privaten durchaus etwas in die Pflicht nehmen mit Vorgaben, wenn es z.B. um Steingärten und ähnliches geht oder eben um die Heizungssysteme. Es ist eine Tatsache, dass sich das Klima in eine besorgniserregende Richtung wandelt. Es ist nach Meinung der SP auch unbestritten, dass die Entwicklung vom Mensch beeinflusst ist und es ist höchste Zeit, nun endlich zu handeln. Trotzdem sind die Klimaprognosen keine exakte Wissenschaft. Das ist klar. Die Fraktion begrüsst die sorgfältige Planung und Überprüfung der Wirksamkeit der Massnahmen mit der geplanten Fachgruppe, ebenso die Verknüpfung mit der Energiestrategie. Stichwort: umweltfreundliche Energieträger. Das erhöht den Erfolg im Kampf gegen den Klimawandel. Die SP-Fraktion nimmt den Massnahmenplan Klimaanpassung zur Kenntnis und stimmt auch dem Antrag 2 zur Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus zu.

Rahel Amacker, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für den Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen. Die Mitte/GLP nimmt ihn zur Kenntnis. Dass die Klimaanpassung kein Zukunftsthema, sondern bereits heute aktuell ist, hat der diesjährige Sommer deutlich gezeigt. Und vor zwei Wochen ist der in der Schweiz wärmste Oktober seit Messbeginn im Jahr 1864 zu Ende gegangen. Durch den Klimawandel sind also bereits heute auch in Binningen Klimaänderungen zu beobachten und diese werden sich in Zukunft noch verstärken. Bei den Klimaanpassungsmassnahmen geht es darum, sich auf ein verändertes Klima und dessen Folgen einzustellen. Die Folgen des Klimawandels haben spürbare Auswirkungen, insbesondere auch auf urbane Gebiete. Daher ist es wichtig, frühzeitig Strategien und Massnahmenpläne zur Klimaanpassung zu entwickeln. Folglich begrüsst es die Fraktion, dass Binningen hier vorwärts macht und jetzt über einen solchen Massnahmenplan verfügt.

Weil extreme Wetterereignisse in Anzahl und Intensität zunehmen werden, verändern sich auch die Anforderungen an die bebaute Umwelt. Es ist zentral, dass wir bei allen zukünftigen Investitionen die verschiedenen Möglichkeiten zur Klimaanpassung mitdenken und sinnvoll umsetzen. Denn über einen solchen Massnahmenplan auf Papier zu verfügen ist gut, aber nur mit seiner Umsetzung leistet man einen effektiven Beitrag zur Klimaanpassung. Die Mitte/GLP hofft daher, dass bei der Planung von Investitionen und schliesslich auch bei Abstimmungen hier im Rat und unter den Stimmberechtigten die wichtigen Aspekte der Klimaanpassung mitberücksichtigt werden und ihr Nutzen erkannt wird. Denn die Kosten von solchen Massnahmen werden weitaus tiefer sein, als die Kosten für Mensch und Umwelt, wenn man nichts macht. Die Fraktion ist froh, dass sich bspw. beim Schulcampus Dorf die Mehrheit des Einwohnerrats und die Mehrheit der Stimmbewohner für eine Variante entschieden hat, in der solche Massnahmen wie mehr Grünflächen, mehr entsiegelte Fläche und mehr Bäume miteingebaut sind. Wenn wir uns als Gemeinde an die neue klimatische Realität anpassen, können wir einen wichtigen

Beitrag zum Schutz der Bevölkerung, der Infrastruktur und der Natur leisten. Die Mitte/GLP ist gespannt auf den Bericht über die ersten umgesetzten Massnahmen in vier Jahren.

Christian Schmid Fabini, SVP informiert, die SVP nehme den Bericht zur Kenntnis und werde auch grundsätzlich Massnahmen, die sinnvoll sind, unterstützen. Die Fraktion hätte aber gerne konkrete Zahlen gesehen. Es ist schwierig zu beurteilen, wie sinnvoll und effizient gewisse Massnahmen sind, wenn keine konkreten Zahlen vorliegen und man keine Ahnung von den entsprechenden Kosten hat. Die Partei hofft zudem, dass es keinen Verordnungs-Dschungel für die Einwohner geben wird. Sie möchten nicht, dass wenn ein Einwohner von Binningen etwas auf seinem eigenen Grundstück machen möchte, er x Verordnungen berücksichtigen und dafür stundenlange Research betreiben muss. Die SVP wird sich weiterhin für die Freiheiten der Einwohner in Binningen einsetzen.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die freundlichen Rückmeldungen. Es ist eine Kenntnisnahme, daher möchte sie nicht allzu lange werden. Sie möchte zwei Sachen erwähnen. Man hat bereits in den ersten beiden Voten, und auch nochmals im letzten, die Diskrepanz gesehen. Auf der einen Seite hätte man gerne Vorgaben, wie man gewisse Massnahmen umsetzen kann, und auf der anderen Seite möchte man möglichst keine Vorgaben, weil alles freiwillig passieren soll. Das Gute ist, es wird auf einer reglementarischen Basis basieren. Dann ist es hier im Rat und man wird sehen, welche Seite obsiegt. Die SP-Vertreterin hat gefragt, ob die Massnahmen in der Region Leimental Plus koordiniert werden. Dieser Versuch wurde gemacht. Alle Gemeinden wurden angefragt, ob sie mitmachen möchten, einen solchen Plan gemeinsamen zu machen. Zumal hier im Leimental alle Gemeinden aneinandergelagert sind. Leider hatten aber alle anderen Gemeinden andere Prioritäten und wollten daher nicht mitmachen. Binningen ist im Moment also die erste Gemeinde. Die Erkenntnisse werden aber sicher nicht an der Gemeindegrenze Halt machen und dort weitergeführt werden.

Zum Rhythmus der Berichterstattung möchte sie beliebt machen, dass man es beim 4-Jahres-Rhythmus belässt, wenn man sich denn für eine Berichterstattung ausspricht. Es gibt eine erste Periode von Massnahmen 2022-2025. Wenn bereits in zwei Jahren ein Bericht gemacht werden muss, dann steckt man mitten drin. Die Votantin denkt nicht, dass ein solcher Bericht sehr aussagekräftig wäre, zumal man im nächsten Jahr zuerst die Grundlagen zu den Themen erarbeiten muss, die die Anwesenden erwähnt haben und zu denen auch die Kosten dazu gehören. Daher macht ein zweijähriger Bericht aus ihrer Sicht keinen Sinn. In vier Jahren kann man vielleicht wirklich bereits etwas Handfestes vorweisen. In zwei Jahren einfach zu berichten, damit berichtet wurde, findet sie persönlich nicht wahnsinnig sinnvoll.

ABSTIMMUNG

Die Präsidentin informiert, dass ihr ein schriftlicher Antrag bzgl. einer Berichterstattung im 2-Jahres-Rhythmus von den Grünen/EVP vorliegt. Sie möchte diesen gegen den Antrag einer Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus ausmehren und anschliessend darüber abstimmen lassen, ob überhaupt eine Berichterstattung gewünscht ist.

Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus (JA) vs. im 2-Jahres-Rhythmus (NEIN) (vgl. Anhang, Abstimmung 02)

Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus: 26 JA

Berichterstattung im 2-Jahres-Rhythmus: 8 JA

3 Enthaltungen.

://: Der Antrag einer Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus obsiegt.

Antrag 2 des Gemeinderats: 26 JA / 6 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 03)

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Massnahmenplan Klimaanpassung Binningen.
- ://: 2. Der Einwohnerrat beauftragt den Gemeinderat, ihm im 4-Jahres-Rhythmus Bericht zu erstatten über die getroffenen Massnahmen, erstmals per Ende 2026.
-

Traktandum 4

Gesch. Nr. 134

Aufhebung des Bau- und Strassenlinienplans «Friedhofparzelle Nr. 1380»

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Evelyne Treuthardt, FDP äussert, die FDP-Fraktion sei für Aufhebung des Bau- und Strassenlinienplans «Friedhofparzelle Nr. 1380». Vielen Dank für die ausführlichen Mitwirkungs- und Planungsberichte. Die Votantin bedankt sich bei allen, die hier mitgewirkt haben.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP bedankt sich namens der Grünen/EVP ebenfalls für den Bericht des Gemeinderats zur Aufhebung des Bau- und Strassenlinienplans. Auf Anhieb scheint das Geschäft einfach. Wenn Bottmingen den Friedhof nicht mehr braucht und genügend Zeit verstrichen ist, dann ist es ja auch in Ordnung, den Plan aufzuheben. Und doch: Die Anwesenden haben soeben den Massnahmenplan zur Klimaanpassung gesehen. Es ist vielen Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber nicht zu begründen, dass die Gemeinde eine Naturfläche ohne weitere Abklärung, Zielsetzung und Diskussion über die Bedürfnisse einfach abtritt/aufgibt. Auch das viel beschworene, verdichtete Bauen überzeugt heute nicht mehr einfach so. Die Grünen/EVP möchten daher, dass auch bei diesem kleinen und wirklich lieblichen Areal genauer hingeschaut wird.

In der Fraktion haben sie eingehend diskutiert und viele Fragen gefunden, auf die der Bericht keine Antworten und auch keine Hinweise gibt. Zum Beispiel: Binningen ist dicht bebaut. Das Bedürfnis nach Grünflächen ist gross. Durchlüftung bei Überhitzung – so steht es im Massnahmenbericht – ist wichtig. Die Parzelle liegt im Umfeld einer Betagten-Institution. Die Fraktion sieht keinen Hinweis auf Abklärung oder Diskussion, ob eine Umzonung in eine Grünzone wirklich überprüft wurde. Zur Durchlüftung oder für die Betagten wäre dies vielleicht sinnvoll. Ein anderer Punkt ist, dass sie keine Überlegungen im Bericht gesehen haben bzgl. der eigenen Gemeindebedürfnisse. Stichwort: zu wenig Kindergärten. Vielleicht liesse sich die Gemeinde Bottmingen für eine einvernehmliche Lösung finden. Und dann: Bestehen tatsächlich keine friedhofsbezogenen Bedürfnisse in der Gemeinde oder der Region? Auch hier ist sich die Fraktion nicht so sicher. Es gibt heute alternative Bestattungsformen und es gibt auch verschiedene Religionsgemeinschaften, die durchaus Bedarf für geeignete Friedhöfe haben.

Dann gibt es auch finanzielle Dimensionen, die nicht im Bericht enthalten sind. Zum Beispiel führt die Aufhebung der Bau- und Strassenlinie zu einer Wertsteigerung der Nachbarparzelle und der Friedhofparzelle. Hier fragen sie sich, ob es eine Mehrwertabschöpfung gibt. Die Gemeinde Binningen ist aufgrund der Bodeninitiative verpflichtet, für verkaufte Immobilien ersatzweise andere Flächen/Grundstücke zu erwerben. Der Gemeinderat hat bereits Immobilien verkauft. Für Ersatz muss aber noch gesucht werden. Die Grünen/EVP sehen nicht, dass dies geprüft worden wäre im Zusammenhang mit dieser Parzelle. Sie beantragen daher, dass das Geschäft in die Bau- und Planungskommission überweisen

wird. Sie soll zuhänden des Einwohnerrats diese Fragen klären und eine Empfehlung nach reiflicher Prüfung abgeben. Gibt es in Binningen friedhofsbezogene Bedürfnisse, die man mit diesem Areal berücksichtigen könnte? Besteht das Bedürfnis nach einer Grünzone im dicht bebauten Binningen und was wären die Rahmenbedingungen für eine mögliche Umzonung? Welche Bedürfnisse hat die Gemeinde Binningen selbst im Quartier? Welche Mehrwertabschöpfung ist bei einer Aufhebung dieses Plans bei den betreffenden Grundstücken möglich? Würde sich die Parzelle eignen, um den obligatorischen Ausgleich vom Negativsaldo der Bodenfläche gemäss Gemeindeordnung zu erreichen und was wären die Rahmenbedingungen für einen solchen Erwerb? Die Grünen/EVP wären gespannt auf die Empfehlung der Bau- und Planungskommission und auf die Diskussion innerhalb der Kommission.

Ralph Büchel, SP erläutert, die Parzelle Nr. 1380 sei ein netter, kleiner Park mit schönen Bäumen am Waldeckweg an der Grenze zu Bottmingen. Vom Zurücksetzen dieser Baulinie würden eigentlich in erster Linie die angrenzenden Grundstücksbesitzer profitieren, die näher an die Parzelle Nr. 1380 bauen könnten. Ob Bottmingen die Parzelle überbauen will, ist offen. Das weiss man nicht. Auf jeden Fall hat eine Vernehmlassung in der Bevölkerung stattgefunden, die einen Erhalt des Parks wünscht. Grundsätzlich spricht sich die SP für den Antrag des Gemeinderats, die Berichtigung dieser Baulinie, aus. Sie würde es aber trotzdem begrüssen, wenn man die Fragen der Grünen noch abklären würde. Bzgl. der Überweisung in die BPK war man sich in der Fraktion nicht ganz einig. Die SP lässt es den einzelnen Mitgliedern offen. Aber wie gesagt: Es sind nun doch einige interessante Fragen aufgekommen, die durchaus eine Berechtigung auf Abklärung hätten. In diesem Sinne hat die SP Stimmfreigabe beschlossen.

Thomas Hafner, Mitte/GLP spricht dem Gemeinderat namens seiner Fraktion den Dank für das vorliegende Geschäft inkl. Planungs- und Mitwirkungsbericht als Beilage aus. Die Mitte/GLP wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Kurz zu seinen Vorrednern: Seine Fraktion möchte dem Eigentümer ganz sicher keine Vorschriften machen. Es handelt sich um Privateigentum. Die Bodeninitiative hat hier seiner Ansicht nach ebenfalls keine Handhabung. Es geht wie gesagt um Privateigentum.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine Aufhebung einer Friedhofbaulinie handelt. Es geht nicht um eine Umnutzung eines bestehenden Grundstücks. In der letzten Ortsplanungsrevision wurde die Nutzung festgelegt und ist eigentlich festgehalten. Der Besitz der Parzelle ist bei Bottmingen und nicht bei Binningen. Es steht kein Verkauf an. Daher ist es Bottmingen überlassen, wie sie diese Fläche nutzen möchten. Es wurden noch Fragen von den Grünen bzgl. Friedhofsnutzung gestellt. Die friedhofsbezogenen Bedürfnisse werden mit den Friedhofanlagen an der Margarethenstrasse, Friedhof Nord und Süd, vollständig abgedeckt. Der Platzbedarf sinkt weiter aufgrund der sinkenden Erdbestattungen, den steigenden Bestattungen in Gemeinschaftsgräbern oder an Urnenwänden. Es gibt also keinen weiteren Bedarf an zusätzlichen Friedhofarealen in Binningen. Bzgl. des Mehrwerts: Es wird planerisch kein Mehrwert geschaffen. Deswegen kann man auch keinen Mehrwert abschöpfen. In Bezug auf die Grünzone ist es so, dass in der Nähe Grünflächen vorhanden sind (Wald etc.). Es besteht daher kein besonderes Bedürfnis, eine weitere Grünfläche zu gestalten. In der nächsten Ortsplanungsrevision besteht die Gelegenheit, dort andere Nutzungen zuzuordnen. Aber für eine Umzonung müsste wirklich ein Bedürfnis formuliert werden. Der zuständige Gemeinderat wäre froh, wenn die Anwesenden die Friedhofbaulinie aufheben würden.

Brigitte Strondl, SP würde noch eine Sache interessieren. Sie hat festgestellt, dass die Baulinie beim Waldeckweg 52 direkt durch das Haus hindurchgeht. Kann der zuständige Gemeinderat vielleicht erklären, wie dies möglich ist?

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP antwortet, dass der Friedhof bis 1976 in Betrieb war. 1977 wurde die Friedhofbaulinie erlassen, da man Angst hatte, dass zu nahe am Friedhof gebaut werden würde. Die Baulinie wurde aus Pietätsgründen erlassen, weil der Friedhof damals noch bestand. Zu diesem Zeitpunkt stand das Haus bereits und wurde mit der Linie eingeschränkt. Dies wird nun wieder aufgehoben.

ABSTIMMUNG

Überweisung in BPK: 11 JA / 24 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 04)

Antrag des Gemeinderats: 29 JA / 1 NEIN / 8 Enthaltungen (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung des Bau- und Strassenlinienplans «Friedhofparzelle Nr. 1380».

Traktandum 5

Nr. 52

Postulat P. Frauchiger, FDP: Für eine wöchentliche Grünabfuhr von März bis November

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Peter Frauchiger, FDP dankt dem Gemeinderat für den Bericht und den Antrag um Aufnahme in den fixen Grünabfuhrkalender. Die Prüfung des Postulats hat stattgefunden in der Nutzenmessung und auch in der Kostenkalkulation. Die FDP-Fraktion erachtet die 10 000 Franken an Mehrkosten im Verhältnis zum Nutzen, der vielen Einwohner und Einwohnerinnen zu Gute kommt – nicht allen, aber vielen –, als vernünftig. Er erachtet es als eine Art Erweiterung des Service public gegen den Steuerfranken, den wir alle zahlen. Daher dankt die Fraktion und wird dem Antrag einstimmig zustimmen.

Nina Eldridge, Mitte/GLP sieht ebenfalls, dass die Ausweitung der Grünabfuhr für ein Teil der Bevölkerung ein Bedürfnis ist und dass es eine Anpassung an die sich verändernden Klimabedingungen ist. Die Ausweitung des Angebots generiert jedoch auch Mehrkosten, welche noch in einem tragbaren Rahmen sind, aber von der ganzen Bevölkerung getragen werden müssen. Durch eine wöchentliche Abfuhr wird in den Randmonaten auch einmal ein Wagen nur halb voll sein und sich somit nicht ganz rentieren. Wenn man heute der Ausweitung der Grünabfuhr zustimmt, sollte man auch Rücksicht auf die Ausweitung anderer Dienstleistungen der Gemeinde nehmen. Diese Dienstleistungen werden sich auch nicht immer rentieren, aber sind ein Bedürfnis eines anderen Teils der Bevölkerung. Die Mitte/GLP folgt dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat anzunehmen.

Erik Schellenberg, SP begrüsst namens der SP das Postulat zur Erweiterung der Grünabfuhr um drei Monate. Die Fraktion ist der Ansicht, dass sämtliche Haushalte davon profitieren können, sowohl Einfamilien- wie auch Mehrfamilienhäuser. Es wird wohl nicht viel weniger Abfall entstehen, aber es wird mehr organischer Abfall recycelt werden können. Dort sind nicht nur Gartenabfälle inbegriffen, sondern auch Küchenabfälle. Dies hat einen positiven Effekt auf die Umwelt. Die SP ist für Eintreten.

Konrad Widmer, SVP teilt mit, die SVP-Fraktion befürworte den Antrag.

ABSTIMMUNG

35 JA / 3 Enthaltungen (Abstimmung 06)

://: Der Einwohnerrat beschliesst die jährlich wiederkehrende, flächendeckende Ausweitung der wöchentlichen Grünabfuhr auf die Monate März und April.

Die zusätzlichen Kosten werden jährlich im Budget eingestellt.

Traktandum 6

Nr. 122

Postulat B. Strondl, SP: Eine neue Zukunft für das Binninger Ruftaxi

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP hat versucht, in ihrem Postulat klar darzulegen, um was es ihr geht. Das Ruftaxi ist für sie immer noch ein sehr gutes Angebot der Gemeinde Binningen. Sie war schon oft froh, dass sie mit dem öffentlichen Verkehr und dem Ruftaxi abends und auch nachts bequem und sicher nach Hause gebracht wurde. Dass das Ruftaxi Fahrgäste auch zu Hause abholt und sie zum Kronenplatz bringt, ist vermutlich nur Wenigen bekannt. Das Ruftaxi gibt es gemäss Betreiber, Herr Hartmann, seit 35 Jahren. Die Postulantin möchte verhindern, dass es das Angebot aus Spargründen nicht mehr gibt, wie in Oberwil. Dazu gilt es zu erwähnen, dass Oberwil zusammen mit Bottmingen über einen Ortsbus verfügt. Über einen solchen Ortsbus wurde in Binningen auch schon diskutiert. Es wurde dem Rat aber erklärt, ein Ortsbus sei viel zu teuer und rentiere nicht. In Binningen fährt die Buslinie 61 vom Kronenplatz Richtung Oberwil und Allschwil abends nur im Halbstunden-Takt und nach Mitternacht gar nicht mehr. Die Beliebtheit des Ruftaxis bei der Bevölkerung, v.a. bei älteren Personen, hat auch der Gemeinderat gesehen. Das Ruftaxi hat aber noch Verbesserungspotenzial. Die Fraktion möchte in einer Kosten-Nutzen-Analyse abgeklärt haben, was sie beantragt hat. Sie erhoffen sich von den geforderten Massnahmen und mit einer bedeutend besseren Werbung eine erhöhte Benutzerzahl. Die SP spricht sich für eine Überweisung des Postulats an den Gemeinderat aus.

Stephan Siegel, SVP stellt klar, die Nachfrage nach dem Angebot ist rückläufig. Der Bericht des Gemeinderats im März, als es um das zusätzliche Angebot ging, hat gezeigt, dass es hier keinen Bedarf gibt. Daher sollte man diesem schlechten Geschäft sicher nicht noch mehr Geld nachschieszen. Es wird auch nicht besser, wenn das Taxi nachher ein Elektro-Taxi ist. Deswegen fahren die Leute nicht mehr Taxi. Es ist keine Staatsaufgabe, dass eine Gemeinde Taxis subventioniert. Als ob dies die einzige Art von Transportmöglichkeit ist. Es gibt genügend private Alternativen. Es kann auch nicht einfach alles gemacht werden, nur weil wir darüber abstimmen können. Zum Thema Vorbild, die Gemeinde solle hier ein Vorbild sein: Die Gemeinde hat Staatsaufgaben zu erledigen und nicht mehr und nicht weniger. Sie sollte sicher nicht Vorbild für die Taxi-Industrie sein. Die SVP spricht sich für Nicht-Überweisen aus.

Nina Eldridge, Mitte/GLP führt aus, ihrer Fraktion sei das Angebot des Ruftaxis ein wichtiges Anliegen. Das Ruftaxi ist ein wichtiger Bestandteil, um die Nutzung des ÖV zu fördern. Die letzten Meter bis zur Haustüre sind oft die Hürde, wieso viele weiterhin lieber mit dem Auto in die Stadt fahren. Wenn man die Nutzung vereinfachen und das Angebot vielleicht ausweiten könnte, würden wohl mehr Einwohner und Einwohnerinnen das Ruftaxi nutzen. Bei einer Überarbeitung des Angebots möchte die Fraktion gerne auch auf eine mögliche Digitalisierung aufmerksam machen. Mit einer App, die den Standort des Ruftaxis angibt oder die Möglichkeit bietet, den Standort anzugeben, wo man gerne abgeholt werden

würde, würde man die Nutzung vereinfachen. Eine solche App würde es auch einfacher machen, wenn man mit dem 2er oder 10er Tram in Binningen ankommt. Auch die Möglichkeit, die Tickets direkt in der App zu lösen oder für Eltern, Mehrfahrtenkarten für ihre Kinder zu kaufen, würde gerade bei Jugendlichen die Nutzung fördern. Die Mitte/GLP-Fraktion ist gespannt auf die Vorschläge des Gemeinderats bzgl. der Zukunft des Ruftaxis und wird das Postulat überweisen.

Thomas Häfele, FDP erläutert, die Gemeindeversammlung in Oberwil habe im Dezember 2021 die Abschaffung des Oberwiler Ortstaxis beschlossen. Muttenz hat das Ruftaxi 2020 abgeschafft. Arlesheim bereits im Jahr 2017. Das Ruftaxi in Bottmingen wäre im letzten Dezember ebenfalls beinahe abgeschafft worden. Analog den umliegenden Gemeinden ist die Nachfrage nach dem Ruftaxi auch in Binningen rückläufig. Die Forderungen der Postulantinnen scheinen darum etwas quer in der Landschaft zu stehen. Wie aus dem Postulatstext hervor geht, ist das Ziel primär eine Vergrösserung der Bequemlichkeit und weniger eine Verbesserung der Ökologie. Nur, wenn ein Taxi mit Elektromotor betrieben wird, wird das Fahren damit nicht umweltfreundlich. Mit einem Gratis-Taxi den ganzen Abend über werden die bestehenden öffentlichen Verkehrsmittel unnötig konkurrenziert. Das Ruftaxi ist bereits heute günstig. Eine Aufhebung des Entgelts würde falsche Anreize setzen und nur zu unnötigen Mehrfahrten führen. Das Ziel des Ruftaxis bei der Einführung war die Erhöhung der Sicherheit und nicht die Bequemlichkeit. Dieser Umstand wird heute bereits erfüllt. Daher ist die Fraktion der FDP gegen eine Überweisung des Postulats.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat habe geschrieben, dass er es in Anbetracht der Entwicklungen, die im Bereich Mobilität stattgefunden haben, grundsätzlich sinnvoll findet, die ganze Situation nochmals zu überprüfen. Da gehört der Einbezug der Digitalisierung selbstverständlich dazu, wie auch die Frage, was für Angebote es effektiv braucht. Wenn man argumentiert, es sei nicht Staatsaufgabe, dies zu tun, könnte man in Bezug auf die Grünabfuhr vielleicht auch diskutieren, ob es Staatsaufgabe ist, dies zu finanzieren. Der Gemeinderat möchte prüfen, was machbar ist. Nicht weniger und auch nicht mehr. Wenn man danach weiss, was machbar, was realistisch ist und was es kostet, dann kann man den nächsten Schritt machen. Aber man sollte das Ganze nicht bereits verwerfen, bevor man die Grundlagen nicht wieder einmal überprüft hat.

Rahel Amacker, Mitte/GLP ist der Meinung, das Ruftaxi sei hinsichtlich des Themas Sicherheit immer noch wichtig, vor allem für junge Menschen. Sie und ihr Freundeskreis haben das Angebot als junge Menschen sehr oft genutzt. Wenn die Nachfrage nun rückläufig ist, kann man doch schauen, weshalb das so ist. Junge Menschen können sich oft kein Taxi leisten oder sie können kein Uber nutzen, da man dafür eine Kreditkarte braucht. Diese besitzt man unter 18 Jahren meistens noch nicht. Die Votantin findet, Binningen sollte dieses Angebot durchaus unterstützen, um attraktiv zu bleiben. Dass man sich anschaut, wieso die Zahlen rückläufig sind und dies analysiert, findet sie eine wichtige Aufgabe, v.a. auch für die jungen Bürger und Bürgerinnen in der Gemeinde.

Karin Müller, SP möchte etwas dazu sagen, dass das Ruftaxi den ÖV konkurrenzieren. Sie findet, genau das Gegenteil sei der Fall. Das Ruftaxi kommt dort zum Einsatz, wo der ÖV nicht hinkommt. Entweder weil er nicht mehr fährt, oder weil er nicht dorthin fährt. Sie sieht nicht, dass hier eine Konkurrenz besteht.

Simone Abt, SP meint, vielleicht könne man dem Votum von Rahel Amacker noch hinzufügen, dass nicht nur die Jungen, sondern auch die Alten und die, die am Stock gehen, ganz froh sind, wenn so etwas wie ein Ruftaxi verfügbar ist, wenn man aus dem Tram steigt. Eine Halbestunde zu warten ist auch nicht unbedingt das grösste Glück eines solchen Menschen am Abend.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 21 JA / 16 NEIN / keine Enthaltungen (Abstimmung 07)

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 7

Diversa

Thomas Hafner, Mitte/GLP teilt mit, am Samstag 26. November finde im Schlosspark der Binninger Markt zusammen mit der Binninger Sternennacht statt. Das ist in dieser Art einmalig und verspricht einen schönen Start in die Adventszeit. Die Mitte lädt alle Anwesenden ein, bei ihnen am Stand vorbei zu kommen. Es gibt sicher für jeden nach dem Eindunkeln etwas Warmes für in den Bauch. Alle Anwesenden sind herzlich willkommen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP informiert, der Fluglärm habe in der letzten Zeit massiv zugenommen v.a. in den Nachtstunden. Der Schutzverband hat 10 Forderungen in einer Petition zuhanden des Kantons Baselland zusammengestellt und diese heute lanciert. Der Schutzverband wird über 10 000 Haushalte in Allschwil, Binningen und Basel West anschreiben und ist auf Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen. Die Petition kann unter www.schutzverband.ch heruntergeladen werden und man kann auch online seine Stimme abgeben. Er lädt alle ein, sich dort zu beteiligen.

Einwohnerratspräsidentin Beatrice Büschlen, Grüne teilt mit, es sei nun 20.35 Uhr. Es war eine sehr effiziente Sitzung. Es konnten alle vorgelegten Geschäfte behandelt werden. Sie bedankt sich fürs Mitmachen und wünscht allen einen schönen restlichen Abend. Damit schliesst die Präsidentin die Sitzung um 20.36 Uhr.

ER-Sitzung vom 14. November 2022

			Gesch. Nr. 133		Gesch. Nr. 134		Gesch. Nr. 52	Gesch. Nr. 122
			2	3	4	5	6	7
Nr.	Name	Fraktion	Berichterstattung im 2-Jahres- (NEIN) vs. 4-Jahres-Rhythmus (JA)	Berichterstattung im 4-Jahres-Rhythmus	Überweisung in BPK	Aufhebung Bau- und Strassenlinienplan «Friedhofparzelle Nr. 1380»	Ausweitung wöchentliche Grünabfuhr auf März und April	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
4	Glaser P.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
5	Glaser S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
7	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja
10	Abt	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Benthaus	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
12	Bräunlich	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Büchel	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Lempert	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Not voted
17	Strebel	SP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
18	Strondl	SP	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja
19	Alt	Mitte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Amacker	Mitte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
22	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
24	Fünfschilling	FDP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
25	Häfele	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
26	Inäbnit C.	FDP	Enthaltung	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
28	Maier	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
29	Meyer	FDP	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
30	Schinz	FDP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
31	Setz	FDP	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
32	Treuthardt	FDP	Not voted	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
33	Zimmermann	FDP	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Blaser	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
35	Keller	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Oberli	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
37	Schmid Fabini	SVP	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
40	Widmer	SVP	Ja	Not voted	Nein	Ja	Ja	Nein

TOTAL

Ja	26	26	11	29	35	21
Nein	8	6	24	1	0	16
Enthaltungen	3	5	3	8	3	0
	37	37	38	38	38	37